



Elisabeth Kaiser, MdB
Staatsministerin
Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Postanschrift:
11016 Berlin

Tel. +49 30 18 682 - 1726

Ostbeauftragte@bmf.bund.de

www.ostbeauftragte.de

Betreff: Liebe-Freunde-Brief

Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2026: In Bewegung bleiben
Berlin, 30. September 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute habe ich dem Bundeskabinett den Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2026 vorgelegt. Er trägt den Titel „In Bewegung bleiben.“

Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr das Aufstiegsversprechen unseres Landes: Können Menschen darauf vertrauen, mit eigener Anstrengung voranzukommen, sich etwas aufzubauen und ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen? Welche Voraussetzungen brauchen sie dafür? Und welche Rolle spielen Bildung, Herkunft, Vermögen, Beziehungen oder der Ort, an dem jemand lebt?

Für die Arbeit der Ostbeauftragten ist das eine zentrale Frage. Das Zusammenwachsen unseres Landes entscheidet sich heute nicht mehr allein daran, ob sich statistische Abstände zwischen Ost und West schließen. Entscheidend ist, ob unterschiedliche Ausgangsbedingungen weiterhin unterschiedliche Möglichkeiten zur Folge haben. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse und ein Land, in dem Herkunft und Wohnort nicht darüber entscheiden, welche Wege einem Menschen offenstehen.



Seite 2 von 4

Wissen, wo wir stehen

Dafür brauchen wir eine belastbare Wissensgrundlage. Wir befragen Menschen in ganz Deutschland. Der Deutschland-Monitor ist bundesweit repräsentativ, regional differenziert und über die Zeit vergleichbar. Damit können wir untersuchen, was Menschen in Ost und West verbindet, wo Unterschiede bestehen, wo andere regionale oder soziale Faktoren stärker ins Gewicht fallen und wo sich vermeintliche Ost-West-Unterschiede empirisch gerade nicht bestätigen.

Wie stark trägt das Aufstiegsversprechen?

2026 haben wir den Deutschland-Monitor auf soziale Mobilität und Aufstiegsorientierung ausgerichtet. Uns interessiert nicht allein der klassische Aufstieg auf der Karriereleiter. Wir haben breiter gefragt.

Die Ergebnisse zeigen zunächst einen bemerkenswert breiten Konsens. 95 Prozent der Befragten sagen, Leistung und Fleiß sollten für gesellschaftlichen Aufstieg zählen. 91 Prozent nennen Bildung und Ausbildung.

Daneben steht eine deutliche Lücke zwischen diesem Anspruch und der wahrgenommenen Wirklichkeit. Als tatsächlich entscheidend für gesellschaftlichen Aufstieg nennen 80 Prozent Vermögen, 80 Prozent Beziehungen und 72 Prozent die soziale Herkunft. Leistung und Fleiß werden von 69 Prozent genannt.

Diese Differenz ist für mich ein zentraler Befund des diesjährigen Berichts. Denn hinter diesen Zahlen steht die Frage, ob Menschen darauf vertrauen, mit dem eigenen Einsatz tatsächlich etwas bewegen zu können. Dabei formulieren die Befragten selbst einen hohen Anspruch an die eigene Verantwortung: 60 Prozent sehen die Verantwortung für den eigenen Aufstieg vor allem bei den Menschen selbst. Geht es dagegen darum, sozialen Abstieg zu verhindern, sehen sie stärker die Politik in der Verantwortung.

Ich finde diese Verbindung wichtig. Menschen wollen selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen. Sie wollen etwas leisten, sich entwickeln und etwas aufbauen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Voraussetzungen, unter denen sie das tun können. Eigenverantwortung braucht Möglichkeiten. Und Möglichkeiten werden größer, wenn gute Bildungsmöglichkeiten vorhanden sind, Arbeit Perspektiven eröffnet, wirtschaftliche Entwicklung stattfindet und Menschen genügend Sicherheit haben, um Entscheidungen treffen und auch etwas wagen zu können.

Wo der ostdeutsche Blick notwendig bleibt

Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors sind keine „ostdeutschen Ergebnisse“. Es sind zunächst Befunde über Deutschland.



Seite 3 von 4

Ein Beispiel ist Vermögen. Vier Jahrzehnte unterschiedlicher Wirtschafts- und Eigentumsordnungen und die tiefgreifende Transformation nach 1990 wirken in den Vermögensbiografien bis heute nach. Solche Unterschiede verschwinden nicht mit einem Stichtag. Vermögen entsteht über Generationen – und fehlendes Vermögen eben auch. Wer wenig oder nichts erbt, startet mit anderen Möglichkeiten, finanzielle Sicherheit aufzubauen, zu investieren, unternehmerisches Risiko zu tragen oder später selbst etwas weiterzugeben.

Ein zweiter Bereich ist die Repräsentation. Hier sehen wir Fortschritte. Der Anteil Ostdeutscher unter allen Führungskräften der obersten Bundesbehörden ist seit 2022 von 13,9 auf 16,3 Prozent gestiegen. Gleichzeitig nimmt der ostdeutsche Anteil mit steigender Führungsebene weiterhin ab. Deshalb bleibt es richtig, Repräsentation regelmäßig zu messen und das Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils Ostdeutscher in Führungspositionen weiterzuentwickeln.

Der Bericht richtet den Blick aber ebenso auf das, was Menschen bereits geschaffen haben: auf Unternehmerinnen und Unternehmer, die etablierte Industriestandorte weiterentwickeln oder neue Technologien in den Markt bringen; auf junge Menschen, die ihren eigenen Bildungsweg gehen; auf Menschen in Vereinen und Initiativen, die Orte zusammenhalten und Neues entstehen lassen.

Ostdeutschland ist wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch in Bewegung – und zugleich wirken unterschiedliche Ausgangsbedingungen fort. Mein Auftrag ist beides im Blick zu behalten.

Was daraus für unsere gemeinsame Arbeit folgt

Der Bericht verbindet deshalb Zuhören, Wissen und Handeln. Wir sprechen mit Menschen über ihre Erfahrungen. Wir untersuchen mit dem Deutschland-Monitor und den Daten zur Repräsentation, was sich empirisch zeigen lässt. Und wir schauen darauf, wo die Bundesregierung konkret an Voraussetzungen für bessere Chancen arbeitet.

Darin sehe ich auch eine wichtige Verbindung zu unserer Arbeit in der Koalition. Menschen sollen ihre Fähigkeiten einsetzen, eigene Entscheidungen treffen und etwas aufbauen können.

Das ist für mich eine zentrale Aufgabe der Ostbeauftragten. Regionale Unterschiede gehören zu einem vielfältigen Land. Aber unterschiedliche Ausgangsbedingungen sollten nicht darüber entscheiden, welche Chancen ein Mensch hat.



Seite 4 von 4

Deshalb schaue ich dort genau hin, wo Unterschiede bis heute Folgen haben: für Bildungswege, für wirtschaftliche Möglichkeiten, für Vermögensaufbau oder für den Zugang zu Verantwortung. Unser Ziel ist, dass Herkunft und Wohnort für die Chancen der Menschen immer weniger entscheidend sind.

Mit freundlichen Grüßen

Den Bericht der Ostbeauftragten 2026 „In Bewegung bleiben. Was Menschen voranbringt. Was Chancen schafft.“ und weitere Informationen zum Deutschland-Monitor findet Ihr hier: <https://bit.ly/InBewegungbleiben>